

No. 32736

**GERMANY
and
POLAND**

**Agreement concerning Cooperation in the Suppression of
Organized Crime. Signed at Bonn on 6 November 1991**

Authentic texts: German and Polish.

Registered by Germany on 26 March 1996.

**ALLEMAGNE
et
POLOGNE**

**Accord de coopération en vue de combattre le crime organisé.
Signé à Bonn le 6 novembre 1991**

Textes authentiques : allemand et polonais.

Enregistré par l'Allemagne le 26 mars 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN ÜBER ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen in dem Geiste des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu leisten,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität, des Terrorismus und der unerlaubten Einschleusung von Personen von wesentlicher Bedeutung ist –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage ihres Rechts und vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 10 dieses Abkommens bei der Bekämpfung einschließlich der Verhütung und Verfolgung schwerer Straftaten insbesondere der organisierten Kriminalität zusammen.

Sofern organisierte Strukturen der Tatbegehung erkennbar sind, bezieht sich die Zusammenarbeit insbesondere auf die nachfolgenden Bereiche:

- Straftaten gegen das Leben;
- Rauschgiftkriminalität einschließlich Rauschgiftschmuggel;
- Terrorismus;
- unerlaubte Einschleusung von Personen und Straftaten im Zusammenhang mit der Beschäftigung, Vermittlung und Anwerbung von Arbeitskräften;

- Zuhälterei und Menschenhandel;
- Schutzgelderpressung;
- unerlaubter Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoff;
- Fälschung von Geld, Schecks und Wertpapieren sowie deren Verbreitung;
- Straftaten gegen Eigentum und Vermögen, u. a. Diebstahl von Kunstgegenständen und Kraftfahrzeugen;
- Straftaten gegen die Umwelt.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden zum Zweck der Zusammenarbeit

1. Personalien von Tatbeteiligten an Straftaten der organisierten Kriminalität, insbesondere auch von Hinterleuten und Drahtziehern, Informationen über Täterverbindungen, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, den Gegenstand, die besonderen Merkmale einer Straftat sowie die verletzten Strafnormen und getroffene Maßnahmen mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten der organisierten Kriminalität oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
2. auf Ersuchen polizeiliche Maßnahmen, soweit sie nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässig sind, durchführen;
3. operativ durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen und gegenseitige personelle, materielle und organisatorische Unterstützung zusammenarbeiten;
4. zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten;
5. Erfahrungen und Informationen insbesondere über Methoden der internationalen Kriminalität sowie über besondere, neue Formen der Straftatbegehung austauschen;
6. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
7. einander Muster von Gegenständen, die im Zusammenhang mit einer Straftat stehen, zur Verfügung stellen;
9. einen Austausch von Fachleuten zur Information und Fortbildung, insbesondere über Techniken und Methoden der Krimi-

nalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik sowie Studienaufenthalte von Mitarbeitern zur höheren professionellen Qualifizierung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität veranstalten.

Artikel 3

Zum Zweck der Rauschgiftbekämpfung, insbesondere von unerlaubtem Anbau, unerlaubter Herstellung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie mit Grundstoffen und Vorläufersubstanzen werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts insbesondere

1. Personalien von an der Rauschgiftherstellung und dem Rauschgifthandel beteiligten Personen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsort der Suchtstoffe und psychotropen Stoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
2. auf Ersuchen entsprechende Maßnahmen durchführen und der anderen Vertragspartei die sachdienlichen Erkenntnisse mitteilen;
3. Informationen über Methoden des Rauschgiftschmuggels mitteilen;
4. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse zu Rauschgifthandel und -mißbrauch austauschen;
5. einander Muster neuer Suchtstoffe und anderer gefährlicher Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft zur Verfügung stellen;
6. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie Grundstoffen und Vorläufersubstanzen, die zu ihrer Herstellung benötigt werden, im Hinblick auf mögliche unerlaubte Verwendungen austauschen;
7. gemeinsam Maßnahmen zur Verhinderung von unerlaubten Verwendungen von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie von Grundstoffen und Vorläufersubstanzen aus dem legalen Verkehr durchführen;
8. weitere gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Herstellung synthetischer Drogen durchführen.

Artikel 4

Zum Zweck der Bekämpfung des Terrorismus werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts Informationen und Erkenntnisse austauschen über geplante und begangene terroristische Akte, Verfahrensweisen und terroristische Gruppierungen, die Straftaten zum Nachteil einer der Vertragsparteien oder zum Nachteil entsprechender anderer wichtiger Interessen planen, begehen oder begangen haben, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten des Terrorismus oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist.

Artikel 5

Zum Zweck der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen werden die Vertragsparteien auf der Grundlage ihres Rechts insbesondere

1. eine Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Analyse der mit der Bekämpfung der unerlaubten Einschleusung von Personen zusammenhängenden Fragen und zur Ausarbeitung geeigneter Gegenmaßnahmen bilden;
2. Informationen mitteilen, die für die andere Vertragspartei zur Bekämpfung von Straftaten und zur Abwehr der unerlaubten Einschleusung von Personen erforderlich sind.

Artikel 6

(1) Zum Zweck der Umsetzung dieses Abkommens bilden die Vertragsparteien eine gemeinsame Kommission bestehend aus leitenden Beamten der Ministerien des Innern beider Seiten unter Beteiligung auch von gegenseitig zu benennenden Fachleuten, die bei Bedarf zusammentritt.

(2) Zum Zweck der Umsetzung dieses Abkommens werden alle Kontakte unmittelbar zwischen Zentralstellen und den von diesen jeweils benannten Experten stattfinden.

Zentralstellen sind:

auf seiten der Bundesrepublik Deutschland

- der Bundesminister des Innern,
- der Bundesminister für Gesundheit,
- das Bundeskriminalamt,
- die Grenzschutzdirektion,
- das Zollkriminalinstitut;

auf seiten der Republik Polen

- der Minister für Innere Angelegenheiten,
- der Hauptkommandant der Polizei,
- der Hauptkommandant der Grenzwache,
- der Vorsitzende des Hauptamts für Zoll;

sowie weitere Zentralstellen, die polizeiliche Aufgaben im Rahmen dieses Abkommens wahrnehmen und von einer Vertragspartei der anderen Vertragspartei schriftlich mitgeteilt werden.

Artikel 7

Die Vertragsparteien können weitere Einzelheiten der in den Artikeln 1 bis 5 dieses Abkommens vereinbarten Zusammenarbeit in gesonderten Durchführungsvereinbarungen festlegen.

Artikel 8

Der Schutz der übermittelten personenbezogenen Daten richtet sich unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften nach den folgenden Bestimmungen:

1. Die Nutzung der Daten ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Seite vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse wird die übermittelnde Seite auf Ersuchen unterrichtet.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Seite erfolgen.
4. Die übermittelnde Seite ist verantwortlich für die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten. Sie ist darüber hinaus verpflichtet, auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck sowie auf die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der anderen Seite unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der unrichtigen Daten oder die Vernichtung der unter ein Übermittlungsverbot fallenden Daten vorzunehmen.

5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Auskunft kann verweigert werden, wenn das öffentliche Interesse an der Verweigerung der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht auf Auskunftserteilung richtet sich im übrigen nach dem nationalen Recht.
6. Die übermittelnde Seite weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem Recht geltenden Lösungsfristen hin.
7. Beide Seiten machen die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig.
8. Beide Seiten schützen die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, Veränderung und Bekanntgabe.

Artikel 9

Die Vertragsparteien können Konsultationen zur Gewährleistung der Wirksamkeit der Zusammenarbeit nach den Artikeln 1 bis 5 dieses Abkommens abhalten.

Artikel 10

Durch dieses Abkommen werden die Vorschriften über die justizielle Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltene Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 11

Dieses Abkommen hindert die Vertragsparteien nicht, andere beiderseits annehmbare Formen und Methoden der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzuführen oder zu fördern.

Artikel 12

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die

eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze der eigenen Rechtsordnung zu verstoßen, so kann sie die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

(2) Die Vertragsparteien teilen einander spätestens zwei Wochen vor dem Zusammentritt der gemeinsamen Kommission sowie vor dem Austausch von Fachleuten die Namen der vorgesehenen Personen mit. Ist eine der Vertragsparteien der Ansicht, daß der Aufenthalt einer von der anderen Vertragspartei benannten Person in ihrem Hoheitsgebiet geeignet ist, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden, findet Absatz 1 sinngemäß Anwendung.

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander durch Notenwechsel mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notenwechsel gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Bonn am 6. November 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

GAERTE
SCHÄUBLE

Für die Regierung
der Republik Polen:

MAJEWSKI

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

UMOWA MIĘDZY RZĄDEM RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ A
RZĄDEM REPUBLIKI FEDERALNEJ NIEMIEC O WSPÓŁ-
PRACY W ZWAŁCZANIU PRZESTĘPCZOŚCI ZORGANIZO-
WANEJ

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej

i Rząd Republiki Federalnej Niemiec

zamierzając przyczynić się do rozwoju dwustronnych stosunków w duchu Traktatu między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy podpisanego w dniu 17 czerwca 1991 roku,

przekonane o istotnym znaczeniu współpracy mającej na celu skuteczne zapobieganie i zwalczanie przestępczości zorganizowanej, w szczególności przestępczości związanej z narkotykami, terroryzmem i nielegalnym przekraczaniem granicy

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Umawiające się Strony współpracują przy zwalczaniu, w tym w zakresie zapobiegania i ścigania, ciężkich przestępstw, w szczególności przestępczości zorganizowanej, w oparciu o przepisy swojego prawa i z zastrzeżeniem postanowień artukułu 10 niniejszej umowy.

W przypadku rozpoznania zorganizowanych struktur przestępczych współpraca Umawiających się Stron będzie obejmować w szczególności:

- przestępstwa przeciwko życiu;
- przestępstwa związane z narkotykami wraz z ich przemytem;
- terroryzm;
- organizowanie nielegalnego przekraczania granicy, a także przestępstwa związane z zatrudnianiem i werbowaniem pracowników oraz pośrednictwem pracy;
- sutenerstwo i handel ludźmi;
- wymuszanie pieniędzy za ochronę;
- niedozwolony handel bronią, amunicją i materiałami wybuchowymi;
- fałszowanie pieniędzy, czeków i papierów wartościowych oraz puszczenie ich w obieg;
- przestępczość przeciwko mieniu, m.in. kradzieże dzieł sztuki i pojazdów mechanicznych;
- przestępstwa przeciwko środowisku.

Artykuł 2

Umawiające się Strony w celu realizacji współpracy będą:

- 1) przekazywać dane personalne sprawców przestępstw noszących znamiona przestępczości zorganizowanej, w szczególności dane o inspiratorach i osobach zakulisowo kierujących działaniami, o istniejących między sprawcami powiązaniach, strukturach grup i organizacji przestępczych, o typowym zachowaniu sprawcy i grupy, okolicznościach sprawy, szczególnie o czasie, miejscu, sposobie popełnienia, przedmiocie i o cechach szczególnych przestępstwa oraz o naruszonych normach prawa karnego i podjętych działaniach, o ile jest to konieczne do zwalczania przestępstw noszących znamiona przestępczości zorganizowanej lub przeciwdziałania is-

- tnięjącemu w konkretnym przypadku znacznemu zagrożeniu bezpieczeństwa publicznego;
- 2) podejmować na wniosek działania policyjne dozwolone przez prawo strony wykonującej wnioski;
 - 3) współpracować operatywnie, realizując wzajemnie uzgodnione działania policyjne oraz udzielając sobie wzajemnie kadrowego, materialnego i organizacyjnego wsparcia;
 - 4) odbywać spotkania robocze mające na celu przygotowanie i przeprowadzenie wspólnych działań;
 - 5) wymieniać doświadczenia i informacje, w szczególności na temat metod przestępczości międzynarodowej, jak też o szczególnych, nowych formach przestępczego działania;
 - 6) wymieniać wyniki prac badawczych z zakresu kryminalistyczno-kryminologicznego;
 - 7) udostępniać sobie wzajemnie wzory przedmiotów związanych z popełnieniem przestępstwa;
 - 8) organizować wymianę ekspertów w celu przekazywania informacji oraz dokształcania zawodowego, w szczególności w zakresie technik kryminalistycznych oraz metod zwalczania przestępstw, jak również organizować pobyty studyjne swoich pracowników dla osiągnięcia wyższych kwalifikacji zawodowych w zwalczaniu przestępczości zorganizowanej.

Artykuł 3

W celu zwalczania przestępczości związanej z narkotykami, w szczególności niedozwolonej uprawy, produkcji, eksportu, importu i tranzytu, jak również handlu narkotykami, środkami psychotropowymi oraz służącymi do ich produkcji substancjami wyjściowymi i półproduktami Umawiające się Strony w oparciu o przepisy swojego prawa w szczególności będą :

- 1) przekazywać dane personalne osób uczestniczących w produkcji narkotyków i handlu narkotykami, informacje o kryjówkach i środkach transpor-

tu, metodach pracy, miejscu pochodzenia i przeznaczenia narkotyków i środków psychotropowych, jak też informacje o specyficznych szczegółach w konkretnym przypadku, o ile jest to potrzebne do zwalczania przestępstw lub przeciwdziałania istniejącemu w konkretnym przypadku znacznemu zagrożeniu bezpieczeństwa publicznego;

- 2) podejmować na wniosek odpowiednie środki i informować drugą Umawiającą się Stronę o przydatnym dla sprawy rozpoznaniu;
- 3) przekazywać informacje o metodach przemytu narkotyków;
- 4) wymieniać wyniki prac badawczych z zakresu kryminalistyczno-kryminologicznego dotyczących nielegalnego handlu i używania narkotyków;
- 5) udostępniać sobie wzajemnie wzory nowych narkotyków i innych niebezpiecznych substancji, zarówno pochodzenia roślinnego, jak i syntetycznego;
- 6) wymieniać doświadczenia o nadzorze nad legalnym obrotem narkotykami i środkami psychotropowymi, jak też o substancjach wyjściowych i półproduktach koniecznych do ich wytwarzania, mając na uwadze możliwość niedozwolonego ich wykorzystania;
- 7) podejmować wspólnie działania w celu zapobiegania niedozwolonemu wykorzystaniu narkotyków, środków psychotropowych, substancji wyjściowych i półproduktów koniecznych do ich wytwarzania, pochodzących z legalnego obrotu;
- 8) podejmować wspólnie inne przedsięwzięcia w celu zwalczania nielegalnego wytwarzania narkotyków syntetycznych.

Artykuł 4

W celu zwalczania terroryzmu Umawiające się Strony w oparciu o przepisy swojego prawa będą wymieniać informacje i wyniki rozpoznania o planowanych i popełnionych aktach terrorystycznych, o sposobie postępowania i o ugrupowaniach terrorystycznych, które planują, popełniają lub popełniły przestępstwa na niekorzyść jednej ze Stron lub ze szkodą dla jej innych waż-

nych interesów, o ile jest to potrzebne do zwalczania przestępstw terroryzmu lub przeciwdziałania istniejącemu w konkretnym przypadku znacznemu zagrożeniu bezpieczeństwa publicznego.

Artykuł 5

W celu zwalczania zorganizowanego, nielegalnego przekraczania granicy Umawiające się Strony w oparciu o przepisy swojego prawa w szczególności :

- 1) utworzą grupę roboczą dla wspólnego analizowania problemów związanych ze zwalczaniem nielegalnego przekraczania granicy i dla wypracowania właściwych środków przeciwdziałających;
- 2) będą przekazywać drugiej Umawiającej się Stronie informacje potrzebne jej do zwalczania przestępstw i do zapobiegania nielegalnemu przekraczaniu granicy.

Artykuł 6

1. W celu realizacji niniejszej Umowy Umawiające się Strony utworzą Wspólną Komisję składającą się z osób zajmujących kierownicze stanowiska w Ministerstwach Spraw Wewnętrznych obu Stron, w której pracach uczestniczyć będą także eksperci wyznaczeni przez każdą ze Stron i która będzie zbierać się w razie potrzeby.
2. Wszystkie kontakty, których celem jest wykonywanie niniejszej Umowy, będą odbywać się bezpośrednio między organami centralnymi i wyznaczonymi przez nie odpowiednio ekspertami.

Organami centralnymi są :

- po stronie Rzeczypospolitej Polskiej :
 - Minister Spraw Wewnętrznych;
 - Komendant Główny Policji;
 - Komendant Główny Straży Granicznej;
 - Prezes Głównego Urzędu Cel;

- po stronie Republiki Federalnej Niemiec:
 - Federalny Minister Spraw Wewnętrznych;
 - Federalny Minister Zdrowia;
 - Federalny Urząd Kryminalny;
 - dyrekcja Straży Granicznej;
 - Instytut Kryminalny do spraw Cel

jak również inne pisemnie zgłoszone drugiej Umawiającej się Stronie organy centralne wykonujące zadania policyjne w ramach niniejszej Umowy.

Artykuł 7

Strony mogą ustalić w odrębnych porozumieniach wykonawczych dalsze szczegóły współpracy określonej w artykułach 1 – 5 niniejszej Umowy.

Artykuł 8

Do ochrony przekazywanych danych osobowych stosuje się, z uwzględnieniem przepisów prawa obowiązującego każdą z Umawiających się Stron, następujące postanowienia:

1. Dopuszcza się wykorzystanie danych tylko w podanym celu oraz zgodnie z warunkami określonymi przez Stronę przekazującą.
2. O sposobie wykorzystania przekazanych danych i osiągniętych dzięki temu wynikach informuje się Stronę przekazującą, na jej wniosek.
3. Dane odnoszące się do osób przekazuje się wyłącznie organom ścigania. Dalsze przekazywanie danych innym urzędowi może nastąpić jedynie za uprzednią zgodą Strony przekazującej.
4. Strona przekazująca jest odpowiedzialna za prawdziwość przekazywanych danych. Jest ona ponadto zobowiązana uwzględnić celowość ich przekazania oraz współmierność ich zakresu w stosunku do zamierzonego celu, jak również obowiązujące w prawie wewnętrznym tej Strony za-

kazy ich przekazywania. Jeżeli okaże się, że zostały przekazane dane nieprawdziwe lub dane, których nie wolno było przekazać, należy o tym niezwłocznie zawiadomić drugą Stronę. Strona ta jest obowiązana do sprostowania lub zniszczenia nieprawdziwych danych, albo do zniszczenia danych, których nie wolno było przekazać.

5. Osobie, której dotyczą przekazywane dane, należy na jej wniosek udzielić informacji o tych danych, jak też o przewidywanym celu ich wykorzystania. Informacji można odmówić, jeżeli przemawia za tym interes publiczny. Prawo do uzyskania informacji jest określone ponadto przepisami prawa wewnętrznego.
6. Strona przekazując informację podaje jednocześnie termin jej zatarcia określony w prawie wewnętrznym.
7. Umawiające się Strony odnotowują w aktach fakt przekazania i odbioru danych odnoszących się do osób.
8. Umawiające się Strony chronią skutecznie przekazane dane odnoszące się do osób przed nieuprawnionym dostępem, zmianą i ujawnieniem.

Artykuł 9

Umawiające się Strony mogą odbywać konsultacje w celu zapewnienia skuteczności współpracy określonej w artykułach 1 – 5 tej Umowy.

Artykuł 10

Umowa nie narusza przepisów o pomocy prawnej w sprawach karnych, jak też o pomocy urzędowej i prawnej w sprawach fiskalnych oraz innych zobowiązań Umawiających się Stron wynikających z umów dwustronnych lub wielostronnych.

Artykuł 11

Niniejsza Umowa nie stanowi przeszkody do wprowadzania lub rozwijania innych możliwych do przyjęcia dla obu Umawiających się Stron form i metod współpracy w zwalczaniu przestępczości zorganizowanej.

Artykuł 12

1. Jeżeli jedna z Umawiających się Stron uzna, że wykonanie wniosku lub realizacja wspólnego przedsięwzięcia mogłyby naruszyć jej suwerenność, zagrażać jej bezpieczeństwu lub innym istotnym interesom albo też naruszałyby zasady jej porządku prawnego, może ona odmówić częściowo lub całkowicie współpracy lub uzależnić ją od spełnienia określonych warunków.
2. Umawiające się Strony przekazują sobie wzajemnie nazwiska osób mających uczestniczyć w pracach Wspólnej Komisji lub też w wymianie ekspertów najpóźniej na dwa tygodnie przed planowaną datą przedsięwzięcia. Jeżeli jedna z Umawiających się Stron uzna, że pobyt na jej terytorium osoby wyznaczonej przez drugą Stronę może zagrażać jej własnemu bezpieczeństwu lub innym istotnym interesom, mają odpowiednie zastosowanie postanowienia ustępu 1.

Artykuł 13

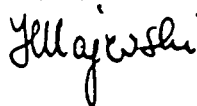
Niniejsza Umowa wchodzi w życie po upływie miesiąca od dnia, w którym Umawiające się Strony powiadomią się w drodze notyfikacji, że zostały spełnione wewnętrzpaństwowe warunki wymagane do wejścia Umowy w życie.

Artykuł 14

Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może ona być wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron. W takim przypadku Umowa utraci moc po upływie sześciu miesięcy od dnia doręczenia wypowiedzenia drugiej Stronie.

Sporządzono wBonn..... dnia6 listopada 1991 roku.....
w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym
oba teksty mają jednakową moc.

Z upoważnienia Rządu
Rzeczypospolitej Polskiej:



Z upoważnienia Rządu
Republiki Federalnej Niemiec:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF POLAND CONCERNING COOPERATION IN
THE SUPPRESSION OF ORGANIZED CRIME

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland,

Intending to make a contribution to the development of their mutual relations in the spirit of the Treaty of 17 June 1991 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on good neighbourly relations and friendly cooperation,²

Convinced that cooperation is of major importance in effectively preventing and combating organized crime, in particular drug-related crime, terrorism and the illegal infiltration of persons,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties, on the basis of their law and subject to the provisions of article 10 of the present Agreement, shall cooperate in suppressing serious criminal offences, including their prevention and prosecution, in particular those committed by organized crime.

Where organized structures are detected in the perpetration of crimes, the cooperation shall relate in particular to the following areas:

- Crimes against human life;
- Drug-related crime including drug-smuggling;
- Terrorism;
- Illegal infiltration of persons and crimes relating to the employment, provision and recruitment of workers;
- Procuring and trafficking in human beings;
- Extortion of protection money;
- Illegal trade in weapons, ammunition and explosives;
- Forgery of money, cheques and securities, and distribution of the same;
- Crimes against property, including theft of works of art and vehicles;
- Crimes against the environment.

Article 2

For the purposes of the cooperation, the Contracting Parties shall:

¹ Came into force on 14 August 1992, i.e., one month after the date on which the Contracting Parties had informed each other of the completion of the national requirements, in accordance with article 13.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1708, No. I-29544.

1. Communicate the identity details of persons involved in criminal acts committed by organized crime, including in particular such details of persons who remain in the background and manipulate others, information on associations of criminals, structures of criminal groups and organizations, typical behaviour patterns of perpetrators and groups, the facts of cases, notably the time and place of perpetration, the *modus operandi*, the item involved, and any particular features of a criminal act, as well as the criminal laws infringed and the measures taken, to the extent that this is necessary in order to suppress criminal acts committed by organized crime or to avert a significant danger to public safety existing in a specific case.
2. Upon request, undertake such police operations as are permissible under the law of the requested Contracting Party.
3. Cooperate on an operational level by police operations harmonized with one another and by mutual assistance in matters of personnel, equipment and organization.
4. Hold working meetings to prepare and implement joint operations.
5. Exchange experience and information, in particular on methods of international crime and on specific and new forms of criminal activity.
6. Exchange results of criminological research.
7. Provide one another with samples of items which are related to a criminal act.
8. Organize an exchange of experts for purposes of information-gathering and training, in particular with regard to techniques and methods of crime-fighting and criminal techniques, as well as study courses for personnel to raise their level of professional qualification for efforts to combat organized crime.

Article 3

In order to take action against drugs, in particular the illicit cultivation, manufacture, import, export, transit of and trade in narcotics and psychotropic substances, as well as their raw materials and precursors, the Contracting Parties on the basis of their law shall:

1. Communicate the identity details of persons involved in the production of and trade in drugs, ways of concealing drugs and means of transporting them, methods of operation, origin and destination of the narcotics and psychotropic substances and also particular details of a case, to the extent that this is necessary in order to suppress criminal acts or to avert a significant danger to public safety existing in a specific case.
2. Upon request, undertake appropriate operations and communicate the relevant findings to the other side.
3. Exchange information about methods of drug-smuggling.
4. Exchange results of criminological research into the drug trade and drug abuse.
5. Provide one another with samples of new narcotics and other dangerous substances, whether plant-based or synthetic.

6. Exchange experience on the monitoring of the legal trade in narcotics and psychotropic substances and the raw materials and precursors which are needed to make them, with a view to detecting possible illicit use.

7. Carry out joint operations to prevent the illicit use of narcotics and psychotropic substances, or their raw materials and precursors, from the legal trade in such substances.

8. Carry out further joint operations to suppress the illegal manufacture of synthetic drugs.

Article 4

In order to suppress terrorism, the Contracting Parties shall on the basis of their law exchange information and findings on planned or executed terrorist acts, methods used and terrorist groupings which are planning or committing or have committed criminal acts against one of the Contracting Parties or against corresponding other important interests, to the extent that this is necessary to suppress criminal terrorist acts or to avert a significant danger to public safety existing in an individual case.

Article 5

In order to suppress the illegal infiltration of persons the Contracting Parties, on the basis of their law, shall in particular:

1. Set up a working group to analyse jointly the issues relating to suppressing the illegal infiltration of persons and to prepare suitable counter-measures.

2. Communicate information which is needed by the other Contracting Party in order to suppress criminal acts and to prevent the illegal infiltration of persons.

Article 6

1. For the purpose of implementing the present Agreement, the Contracting Parties shall form a joint commission consisting of senior officials from the Ministries of the Interior of the two sides, and also involving experts whom the two sides shall identify to one another. This joint commission shall meet as necessary.

2. For the purpose of implementing the present Agreement, all contacts shall take place directly between central locations and the experts nominated by them.

The central locations shall be:

For the Federal Republic of Germany:

- The Federal Minister of the Interior,
- The Federal Minister of Health,
- The Federal Office of Criminal Investigation,
- The Headquarters of the Frontier Guard Service,
- The Institute for Customs-Related Crime.

For the Republic of Poland:

- The Minister of the Interior,
- The Commanding Officer of the Police,
- The Commanding Officer of the Frontier Guard Service,
- The Head of the Main Customs Office;

and other central locations, which carry out police functions within the context of the present Agreement and shall be identified in writing by one Contracting Party to the other.

Article 7

The Contracting Parties may stipulate further details of the cooperation agreed in articles 1 to 5 of the present Agreement in separate implementation agreements.

Article 8

Personal data which are transmitted shall be protected in accordance with the following provisions, with the legal stipulations applicable to either Contracting Party being observed:

1. Use of the data shall be permitted only for the purpose stated and only under the conditions prescribed by the transmitting side.
2. The transmitting side shall be informed upon request of the use made of the transmitted data and of the results achieved thereby.
3. Personal data may be transmitted only to authorities involved in the prosecution of crime. They may be forwarded to other bodies only with the prior approval of the transmitting side.
4. The transmitting side shall be responsible for the accuracy of the data to be transmitted. It shall also be obliged to ensure that the transmittal is necessary and reasonable in relation to the purpose which it is intended to achieve thereby, and to observe any prohibitions on such transmittals applicable under relevant national law. If it becomes evident that incorrect data or data which should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the other side without delay. The latter shall be obliged to correct or destroy the inaccurate data, or to destroy the data falling under the prohibition on transmittal.
5. The information existing about a person and the use which it is intended to make of it must be disclosed to that person upon request. Disclosure may be denied if the public interest in not disclosing the information is preponderant. Additionally, the right to disclosure of information shall also be governed by national law.
6. The transmitting side shall draw attention to any deadlines stipulated by its law for deletion of such data.
7. Both sides shall keep records of the transmittal and receipt of personal data.
8. Both sides shall protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, modification and release.

Article 9

The Contracting Parties may hold consultations to ensure the effectiveness of the cooperation described in articles 1 to 5 of the present Agreement.

Article 10

The present Agreement shall not affect the provisions concerning legal assistance in criminal matters or administrative and legal assistance in taxation matters, or any other obligations of the Contracting Parties contained in bilateral or multi-lateral agreements.

Article 11

The present Agreement shall not prevent the Contracting Parties from introducing or promoting other forms and methods, acceptable to both sides, of cooperation in efforts to combat organized crime.

Article 12

1. If one of the Contracting Parties is of the opinion that complying with a request or carrying out a cooperative operation is likely to infringe its own sovereign rights, to jeopardize its own safety or other significant interests, or to conflict with fundamental principles of its own legislation, it shall be entitled to decline to cooperate, completely or in part, or to make its cooperation subject to certain conditions.

2. The Contracting Parties shall communicate to each other at the latest two weeks before a meeting of the joint commission or before an exchange of experts the names of the persons involved. If one of the Contracting Parties is of the opinion that the presence in its territory of a person nominated by the other Contracting Party is likely to jeopardize its own safety or other significant interests, paragraph 1 shall apply as appropriate.

Article 13

This Agreement shall enter into force one month after the date on which the Contracting Parties inform one another by an exchange of notes that the respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

Article 14

This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting Party by an exchange of notes. The denunciation shall enter into force six months after it has been received by the other Contracting Party.

DONE at Bonn on 6 November 1991 in duplicate in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

GAERTE

SCHÄUBLE

For the Government
of the Republic of Poland:

MAJEWSKI

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD DE COOPÉRATION¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE EN VUE DE
COMBATTRE LE CRIME ORGANISÉ

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne,

Entendant contribuer au développement des relations bilatérales dans l'esprit du Traité de bon voisinage et de coopération amicale entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne, en date du 17 juin 1991²,

Convaincus que la coopération visant à prévenir efficacement et à combattre le crime organisé, notamment le crime lié à la drogue, le terrorisme et le passage clandestin de personnes, revêt une importance fondamentale,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Les Parties contractantes coopèrent à la répression, y compris la prévention et la poursuite, des infractions graves, notamment de la part du crime organisé, sur la base de leur législation et sous réserve des dispositions de l'article 10 du présent Accord.

La coopération porte notamment sur les domaines ci-après, dans la mesure où des structures criminelles organisées peuvent être identifiées :

- Attentats à la vie;
- Crime lié à la drogue, y compris la contrebande de stupéfiants;
- Terrorisme;
- Passage clandestin de personnes et infractions liées à l'emploi, au placement et à l'embauche de travailleurs;
- Proxénétisme et traite des esclaves;
- Jeux truqués et jeux de hasard interdits;
- Racket;
- Trafic d'armes, de munitions et d'explosifs;
- Falsification et diffusion de monnaie, de chèques et de valeurs;
- Crime contre les biens et la fortune, notamment vol d'objets d'art et de véhicules;
- Crime contre l'environnement.

¹ Entré en vigueur le 14 août 1992, soit un mois après la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient notifié l'accomplissement des formalités internes requises, conformément à l'article 13.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1708, n° I-29544.

Article 2

Aux fins de la coopération, les Parties contractantes

1. Communiqueront l'identité des malfaiteurs membres du crime organisé, notamment les instigateurs et les commanditaires, des informations sur les relations des malfaiteurs, les structures des groupes de malfaiteurs et des organisations criminelles, le comportement typique des malfaiteurs et des groupes, les faits, et notamment la date et le lieu des infractions, la manière dont elles ont été commises, leur objet, les caractéristiques particulières d'une infraction ainsi que les dispositions pénales violées et les mesures prises, dans la mesure nécessaire à la répression des infractions du crime organisé ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

2. Prendront, sur demande, des mesures policières admises selon la législation de la Partie contractante requise.

3. Coopéreront au niveau opérationnel grâce à des mesures policières concertées et à un soutien personnel, matériel et organisationnel réciproque.

4. Tiendront des réunions de travail afin de préparer et de mettre en œuvre des mesures communes.

5. Echangeront des expériences et des informations, notamment au sujet des méthodes du crime international ainsi que des nouvelles formes particulières d'infractions.

6. Echangeront des résultats de recherches en matière de criminalistique et de criminologie.

7. Mettront à la disposition l'une de l'autre des spécimens d'objets ayant trait à une infraction.

8. Procéderont à un échange de spécialistes à des fins d'information et de perfectionnement, notamment au sujet des techniques et des méthodes de lutte contre la criminalité et des techniques criminelles, et organiseront des séjours d'étude de collaborateurs afin d'améliorer les qualifications professionnelles en vue de la lutte contre le crime organisé.

Article 3

Pour lutter contre la drogue, et notamment la culture, la fabrication, l'importation, l'exportation, le transit et le commerce interdits de stupéfiants et de substances psychotropes ainsi que de matières premières et de précurseurs, les Parties contractantes prendront en particulier les mesures suivantes, sur la base de leur législation :

1. Elles communiqueront l'identité des personnes qui participent à la fabrication et au commerce de stupéfiants, les caches et les moyens de transport, les méthodes de travail, les lieux d'origine et de destination des stupéfiants et des substances psychotropes ainsi que des détails particuliers sur une affaire, dans la mesure nécessaire à la répression des infractions ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

2. Elles mettront en œuvre, sur demande, les mesures correspondantes et communiqueront à l'autre Partie contractante les connaissances utiles.

3. Elles communiqueront des informations sur les méthodes de trafic de stupéfiants.

4. Elles échangeront des résultats de recherches en matière de criminalistique et de criminologie relatifs au commerce et à l'abus de stupéfiants.

5. Elles mettront à la disposition l'une de l'autre des spécimens de nouveaux stupéfiants et d'autres matières dangereuses d'origine végétale ou synthétique.

6. Elles échangeront des expériences sur la surveillance du commerce licite de stupéfiants et de substances psychotropes ainsi que des matières premières et des précurseurs nécessaires à leur fabrication, compte tenu de la possibilité d'utilisations interdites.

7. Elles mettront en œuvre des mesures communes afin d'empêcher les utilisations interdites de stupéfiants et de substances psychotropes ainsi que de matières premières et de précurseurs provenant du commerce licite.

8. Elles prendront d'autres mesures communes afin de réprimer la fabrication illicite de drogues de synthèse.

Article 4

Pour lutter contre le terrorisme, les Parties contractantes échangeront des informations et des connaissances, sur la base de leur législation, au sujet des actes de terrorisme prévus et commis, des procédés et des groupements terroristes qui préparent, commettent ou ont commis des infractions au détriment de l'autre Partie ou d'autres intérêts équivalents importants, dans la mesure nécessaire à la répression des actes de terrorisme ou à la prévention d'un danger ponctuel grave pour la sécurité publique.

Article 5

Pour lutter contre le passage clandestin de personnes, les Parties contractantes prendront en particulier les mesures suivantes, sur la base de leur législation :

1. Elles constitueront un groupe de travail commun chargé d'analyser les questions ayant trait à la répression du passage clandestin de personnes et élaboreront les contre-mesures appropriées.

2. Elles communiqueront les informations nécessaires à l'autre Partie contractante pour réprimer les infractions et empêcher le passage clandestin de personnes.

Article 6

1. Aux fins de la mise en œuvre du présent Accord, les Parties contractantes constitueront une commission mixte composée de hauts fonctionnaires des Ministères de l'intérieur des deux Parties, avec la participation d'autres spécialistes à désigner d'un commun accord, qui se réunira selon les besoins.

2. Aux fins de la mise en œuvre du présent Accord, tous les contacts auront lieu directement entre les services centraux et les experts désignés par eux.

Les services centraux sont :

Du côté de la République fédérale d'Allemagne :

- Le Ministère fédéral de l'intérieur;
- Le Ministre fédéral de la santé;
- La Police judiciaire fédérale;

— La Direction de la protection des frontières;

— L'Institut de criminalité douanière.

Du côté de la République de Pologne :

— Le Ministère de l'intérieur;

— Le Commandant en chef de la police;

— Le Commandant en chef des gardes frontières;

— Le Président du Bureau central des douanes;

ainsi que d'autres services centraux chargés de tâches policières dans le cadre du présent Accord, dont le nom sera communiqué par écrit par l'une des Parties contractantes à l'autre.

Article 7

Les Parties contractantes pourront fixer, dans des accords d'exécution particuliers, des modalités supplémentaires relatives à la coopération convenue dans les articles premier à 5 du présent Accord.

Article 8

La protection des renseignements personnels transmis est assurée conformément aux dispositions ci-après et compte tenu de la législation en vigueur pour chacune des Parties contractantes :

1. L'utilisation des renseignements n'est admise qu'aux fins indiquées et aux conditions imposées par la Partie contractante qui les a transmis.

2. La Partie contractante qui a transmis les renseignements est informée, sur sa demande, de l'utilisation des renseignements transmis et des résultats ainsi obtenus.

3. Les renseignements personnels ne peuvent être transmis qu'à des autorités répressives. Leur transmission ultérieure à d'autres services ne peut avoir lieu qu'avec l'accord du service qui les transmet.

4. La Partie contractante qui transmet les renseignements est responsable de leur exactitude. Elle est en outre tenue de veiller à la nécessité et à l'opportunité de les transmettre au regard de l'objectif visé par la transmission, ainsi qu'au respect des interdictions de transmission en vigueur selon la législation nationale concernée. S'il se révèle que des renseignements inexacts ou des renseignements qui ne devaient pas être transmis l'ont été, l'autre Partie doit en être informée sans délai. Elle est tenue de procéder à la rectification ou à la destruction des renseignements inexacts ou à la destruction des renseignements dont la transmission est interdite.

5. L'intéressé doit être informé sur demande des renseignements existant sur sa personne ainsi que de l'objectif prévu de leur utilisation. L'information peut être refusée lorsque l'intérêt public de refuser la communication de l'information prévaut. Pour le reste, le droit d'être informé est régi par la législation nationale.

6. La Partie qui transmet les renseignements indique, lors de la transmission, les délais de radiation prescrits par sa législation.

7. Les deux Parties sont tenues d'inscrire dans un dossier la transmission et la réception des renseignements personnels.

8. Les deux Parties protégeront efficacement les renseignements personnels transmis contre un accès, une modification et une diffusion non autorisés.

Article 9

Les Parties contractantes peuvent tenir des consultations pour assurer l'efficacité de la coopération visée aux articles premier à 5 du présent Accord.

Article 10

Le présent Accord n'affecte pas les prescriptions relatives à l'assistance judiciaire en matière pénale ainsi qu'à l'assistance administrative et judiciaire en matière fiscale, ni les autres obligations des Parties contractantes énoncées dans des conventions bilatérales ou multilatérales.

Article 11

Le présent Accord n'empêche pas les Parties contractantes d'adopter ou de favoriser d'autres formes et méthodes mutuellement acceptables de coopération afin de lutter contre le crime organisé.

Article 12

1. Si l'une des Parties contractantes estime que l'exécution d'une demande ou d'une mesure de coopération risque de compromettre ses droits souverains, de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou d'être contraire aux principes de son ordre juridique, elle peut refuser en tout ou partie sa coopération sur ce point ou la subordonner à des conditions déterminées.

2. Les Parties contractantes se communiqueront au plus tard deux semaines avant la réunion de la Commission mixte et avant l'échange de spécialistes le nom des personnes prévues. Si l'une des Parties contractantes estime que le séjour sur son territoire de l'une des personnes désignées par l'autre Partie contractante risque de menacer sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels, le paragraphe 1 s'applique par analogie.

Article 13

Le présent Accord entrera en vigueur un mois après le jour où les Parties contractantes se seront notifiées, au moyen d'un échange de notes, que les conditions intérieures nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

Article 14

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par chacune des Parties contractantes au moyen d'un échange de notes. La notification prendra effet six mois après la date à laquelle elle sera parvenue à l'autre Partie contractante.

FAIT à Bonn le 6 novembre 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

GAERTE
SCHÄUBLE

Pour le Gouvernement
de la République de Pologne :

MAJEWSKI
